Einzelpreis 20 Mk.

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 7. | Sonntag, den 12. Februar 1922. | 3271-A. | 4. Jahrgang.

Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H. Petrikauer 86. Geldsendungen und die Geschäftsordnung betreffende Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter Ludwig Wolff. Zum Abdruck bestimmte Manuskripte sind an den Schriftleiter Lodz, Gdanska-Straße Nr. 112, zu richten. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 200 Mk. vierteljährlich f. Deutschland M. 20.—. Anzeigenpreis: für die sechsgespaltene Kleinzeile M. 40.—, für Deutschland M. 5.—

Die Wolgadeutschen.

Sie fliehn, schau, die Wolgadeutschen fliehn!
Heißhungrig, dürr und mager wie Skelette,
Der Geist geplagt von wilden Phantasien,
So fliehen sie in einer langen Kette
Mit Weib und Kind gehüllt in Lumpenfetzen,
Dahin gejagt von schrecklichem Entsetzen.

O, sagt uns doch, was euch von dannen trieb,
Ihr Brüder wert! Oft hörte man euch sagen,
Ihr hättet unsre Heimat doch so lieb!
Einst war die Zeit in alten Friedenstagen,
Da mußte Rußland unsre Arbeit preisen,
Denn unsre Faust war hart und fest wie Eisen.

Wo ist die Zeit? Auf Steppen wild und leer
Gerade in des Russenreiches Mitte
Da bautet ihr ein Reich so schön und hehr,
Voll deutschen Geist's und edler deutscher Sitte;
Da wuchs ringsum ein blühend deutsches Leben,
Umrankt vom Laub der Eichen und der Reben.

Die Heimat? Ach, daß uns der Schmerz so packt!
Es blieben dort nur Gräber und Ruinen!
Von Not gedrückt stehn wir da arm und nackt,
Ein Riesenunheil spricht aus unsren Mienen!
Ach, fragt uns nicht! Wer kann darüber
sprechen?
Wer es geschaut, dem will das Herz fast brechen!

Das Unglück kam, auf Feldern weit und breit
Da wuchs kein Halm, da weidet keine Herde;
Es fiel das Vieh, und große Sterblichkeit
Trieb auch die Menschen in die kalte Erde;
Da flohen wir von Angst und Not getrieben,
Sonst wären wir dort alle tot geblieben!

Nun stehn wir da vor eures Hauses Tür
Und klopfen an, wir armen Wolgabrüder,
Ach, helfet uns, daß wir nicht sterben hier,
Daß uns die Hölle nicht ergreife wieder!
O, macht es wahr und übet es aufs Neue
Das alte Wort von heilger deutscher Treue!

Pabianice, 30. 1. 1922.

Ph. Krentz, Pastor.

Politische Betätigung als Pflicht.

Der berühmte griechische Weise und Gesetzgeber **Solon** hatte ein Gesetz erlassen, daß jeder Athener, der bei politischen Streitigkeiten nicht Partei ergriff, bestraft werden sollte. Im freien Griechenland galt es als selbstverständliche Pflicht jedes Bürgers, jedes freien Mannes, sich im Staatsleben zu betätigen und politisch Farbe zu bekennen. Man wollte nicht eine Masse unpolitischer Leute haben, welche sagten: „Was kümmert mich der Staat, die Regierung, wenn ich nur mein Essen und Trinken habe. Was auch kommt, mir ist's gleich.“ Aus solchen Leuten bildet sich dann ein blinder, urteilsloser Pöbelhaufe, welcher von jedem Abenteurer leicht zu Umsturz und allerlei Ausschreitungen fortgerissen wird. Der klare Verstand und das richtige sittliche Gefühl des athenischen Weisen sagte ihm, daß derjenige als Schädling im Staate zu betrachten sei, der nur passiv, d. h. ohne eigene Anteilnahme, alle Maßregeln, Gesetze und Umwälzungen über sich ergehen läßt. Vielmehr sollte jeder eigenes Nachdenken und eigene Entschlüsse anwenden, um seine besondere Meinung im Staate geltend zu machen. Durch das Zusammenwirken oder auch den Gegensatz der verschiedenen Richtungen und Bestrebungen sollte das ganze Staatswesen eine für alle passende Gestalt gewinnen. Nur Sklaven mußten stumpfsinnig alles über sich ergehen lassen, was der hohen Obrigkeit gut schien, freie Männer mußten mitwirken an den Beschlüssen, mußten ihre Stimmen abgeben für die Kandidaten der verschiedenen Aemter.

Nach dem deutschen Philosophen **Kant** besteht die Freiheit des Staatsbürgers darin, „daß er keinem andern Gesetz gehorcht, als zu welchem er seine Beistimmung gegeben hat.“ Die Selbständigkeit des Bürgers besteht nach Kant darin, „daß er seine Existenz und Erhaltung nicht der Willkür eines anderen im Volke, sondern seinen eigenen Rechten und Kräften verdankt.“ Jeder hat also nicht nur das Recht, sondern als freier Bürger auch die Pflicht, sich an den Abstimmungen über die Gesetze zu beteiligen, oder sofern er nicht zum Landtag gehört, durch Stimmabgabe kundzutun, welchen Kandidaten und welche Richtung er für gut hält, welche Partei er stark sehen will. Natürlich ist auch jeder berechtigt, seinen Standpunkt für richtig und nutzbringend zu halten. Daraus ergibt sich als notwendige Folge, daß er für seine Partei wirbt, ihre Vorteile andern auseinandersetzt und die, welche noch unklar über die betreffenden politischen Fragen sind, auf seine Seite hinüberzuziehen sucht. Dies Recht hat jeder Bürger einer Republik.

Anders im freien Polen. Ein höchst wichtiger Bestandteil der Beamtenschaft, nämlich die Lehrer der Jugend, deren Einfluß auf die geistige Gestaltung der neuen Generation wie auch auf die ganze Bevölkerung groß sein könnte und von Rechts wegen auch sein müßte, wird vielfach ausgeschlossen von politischer Betätigung. So lasen wir in Nr. 1 des „Volksfreundes“, daß die Lehrer der Gegenden nördlich der Weichsel sich ihren Schulinspektoren schriftlich verpflichten mußten, nicht an der Agitation für die künftigen Sejmwahlen teilzunehmen. Dadurch verkümmert der Inspektor ihnen nicht nur ihr Recht, sondern verleitet sie sogar zu einer Verletzung ihrer Pflichten als Staatsbürger und freie Männer.

Manche der Lehrer scheinen aber ganz damit einverstanden zu sein, daß sie politisch in den Winkel gestellt und mundtot gemacht werden. So konnte man in Nr. 5 des „Evangelischen Wochenblattes“ die Einsendung eines Lehrers lesen, welcher seine Kollegen warnte, am Bund der Deutschen Polens, d. h. der einzigen kulturellen Vereinigung, die für unser Volkstum eintritt, teilzunehmen. Die Begründung war eigenartig. Er schreibt: „Unsere Pflicht als Lehrer besteht darin, daß wir die uns anvertrauten Kinder zu tüchtigen Menschen und treuen Bürgern Polens erziehen.“ Es ist dem Einsender also nicht klar geworden, daß die Pflege der deutschen Kultur ihre volle Berechtigung auch im polnischen Staate hat, daß ferner für die Pflege dieser Kultur auch politisch gewirkt werden muß. Er erklärt also das Eintreten für deutsche Kultur für nicht verträglich mit der Pflicht, die anvertrauten Kinder zu polnischen Staatsbürgern zu erziehen. Was ist das? Beschränktheit, Streberei oder Feigheit? Vielleicht eine Mischung von alledem.

Der Druck, welchen vorgesetzte Staatsbeamte auf die deutschen Lehrer ausüben und der es ihnen tatsächlich vielfach unmöglich macht, ihre Stellung als vollberechtigte Bürger zum Ausdruck zu bringen und somit ihre **Pflicht** zu erfüllen, ist ein für diesen Staat selbst unheilvolles Zeichen. Vergleichen wir den Staat mit einem Organismus, d. h. einem lebenden Körper, so müssen wir diejenigen Bürger, welche keinen Gebrauch von ihren Bürgerrechten machen können oder wollen, als abgestorbene Zellen dieses Körpers ansehen, vergleichbar den Hornschwielen, welche sich auf der Haut bilden, oder den Warzen und ähnlichen Mißbildungen. In einem gesunden Körper muß jede Zelle, jeder kleinste Teil teilnehmen am Leben des Ganzen und darin seine Aufgabe, sei sie auch noch so gering, erfüllen. Geschieht dies nicht, so bilden die untätigen Teile einen Ballast für den Körper und werden gar bald zur Ursache von Entzündungen und Eitergeschwüren. Auch der polnische Staat kann nicht als gesunder Organismus betrachtet werden. Einer erheblichen Zahl seiner Mitbürger wird die staatliche Betätigung stark eingeschränkt, indem z. B. Deutsche und Juden zu den meisten Aemtern nicht zugelassen werden. Manchem wird sie sogar so gut wie ganz abgeschnitten, wie jenen Lehrern. Diese ent-

mündigen Glieder, diese lahmgelegten Bestandteile aber bilden nun gewissermaßen Druckstellen und Geschwülste, welche Eiterungen hervorrufen. Ohne Zweifel ist der Leib des polnischen Staates nicht fieberfrei. Es wäre in seinem eigenen Interesse zu wünschen, daß alle diese Geschwülste — nicht entfernt würden, denn das gäbe blutende, nie heilende Wunden, sondern daß die untätigen Zellen von neuem vom Lebensblute durchflossen und in die Tätigkeit des Ganzen als vollberechtigte Glieder hineingezogen würden. Sonst könnte das Fieber ansteigen, ja sich zu Fieberphantasien und zu todbringender Raserei steigern. Werden aber die lahmgelegten Glieder zu Ehren kommen und, jedes in seiner Eigenart, vom Organismus in Gebrauch genommen werden, d. h. ohne Bild gesprochen: wird man den Deutschen und anderen Fremdstämmigen die gebührenden und auch zugesicherten Rechte gern und freudig und ohne jede Schikane geben, dann wird das Fieber weichen und der polnische Staatskörper binnen kurzem ein Bild blühendster Gesundheit werden.

Dr. M—r.

Die Banater Schwaben.

Weit unten im Südosten Europas, zwischen den Flüssen Donau, Theiß und Maros, liegt ein kleines aber reiches Land, das Banat. Früher zu Ungarn gehörig, ist es durch den Friedensschluß in drei Stücke zerrissen worden, von denen nur das kleinste bei Ungarn verblieben ist; die beiden größeren Teile kamen zu Rumänien und Jugoslawien (Serbien). Seinen Reichtum und wirtschaftlichen Aufstieg verdankt das Banat fast ausschließlich der zähen Arbeit süddeutscher, fast ausschließlich schwäbischer Ansiedler. Vor etwa 200 Jahren ins Land gekommen, haben sie es urbar gemacht und den früheren Sumpfboden in eine Kornkammer verwandelt. Aber Undank war auch hier der Welt Lohn. Solange die Verwaltung des Landes in österreichischen und somit deutschen Händen lag, konnten sie sich ungestört entwickeln. Anders gestalteten sich die Dinge, als nach dem preußisch-österreichischen Kriege im Jahre 1866 die Habsburger sich mehr und mehr dem Deutschtum entfremdeten und den Slawen und Ungarn zuneigten. Die Verwaltung des Banats kam nun in ungarische Hände. Die deutschen Beamten wurden entlassen, in Schule, Gericht und allen anderen Regierungsämtern die madjarische (ungarische) Sprache eingeführt, die deutschen Stadt- und Dorfnamen gegen madjarische vertauscht. Wer auch weiterhin seiner Sprache und seinem Volkstum treu bleiben wollte, mußte sich verschiedenen Schikanen aussetzen; nur wer sich als Madjare bekannte, wurde zu Amt und Stellung zugelassen. Lehrer, Notar, Apotheker, Arzt, Pfarrer, ja Dorfkrämer und Diener an der Eisenbahn, konnte nur der werden, der sich zum herrschenden madjarischen Volke bekannte. In den Schulen wurden viele Tausende deutscher Jünglinge gerade zu Feinden des Deutschtums erzogen, denn hier lehrte man sie, daß der Name „Schwab" ein arges Schimpfwort wäre. Es war in den letzten Jahren vor dem Kriege bereits soweit gekommen, daß nur noch der einfache Landmann deutsch sprach und deutsch fühlte, ja auch der war stellenweise schon vom Madjarentum angekränkelt. Die gebildeten Kreise bedienten sich fast ausschließlich der madjarischen Sprache und schämten sich ihrer deutschen Herkunft. Nur klein war das Häuflein von Gebildeten, das noch bemüht war, dem einsamen Volke Führer und Berater zu sein. Hierher gehörte auch der bekannte aus dem Banat stammende Dichter Adam Müller-Guttenbrunn.

Dem letzten Kriege erst war es beschieden, dies Dornröschen aus seinem langjährigen Schlaf zu wecken. Das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum großen deutschen Volke erwachte in immer weiteren Kreisen. Die Revolution besorgte das letzte. Das Land wurde von den Rumänen und Serben besetzt. Die neuen Machthaber legten den völkischen Bestrebungen kein Hindernis in den Weg. Wie einen Alp schüttelte man die Erinnerung an die Zeit der völkischen Bedrückungen ab und begann fieberhaft alles Versäumte nachzuholen. Aus tiefstem echten Empfinden schufen die schwäbischen Bauern sich ihre deutschen Volksschulen, indem sie deutschen Unterricht für ihre Kinder forderten. Es war dies äußerst schwer, da die Mehrzahl der Lehrer, obwohl deutscher Abstammung, der deutschen Sprache nicht mehr geläufig war, oder aber sich als Madjaren fühlte und nicht deutsch unterrichten wollte. Auch heute noch sind aus diesem Grunde manche deutsche Dörfer ohne deutschen Schulunterricht. Auf kirchlichem Gebiet ging es ebenso. Die madjarisierten Geistlichen weigerten sich, deutsch zu predigen. Jedoch die wackeren Schwaben ließen nicht locker. Im Laufe der letzten drei Jahre hat sich das völkische Leben zu hoher Blüte entwickelt. Es besteht eine Reihe von Mittelschulen. Scharen schwäbischer Jünglinge studieren an deutschen Hochschulen. Nur noch etliche Jahre, und es wird dem wackeren Volke an Führern nicht mehr fehlen. Es besteht bereits eine zahlreiche deutsche Presse. Kulturvereine mit Hunderten von Ortsgruppen bedecken das Land. Die Opferwilligkeit für völkische Interessen verdient als vorbildlich bezeichnet zu werden. Jahresbeiträge von vielen tausend Mark sind keine Seltenheit. Das völkische Bewußtsein wird noch durch Veranstaltung von deutschen Tagungen und Festen gestärkt. Zu Tausenden strömt dann alt und jung zusammen. So z. B. waren zu einem Volkstage, der am 13. März v. J. in Temesvar stattfand, mehr als 20,000 Menschen aus 92 Dörfern mit 40 Musikkapellen erschienen. Die Behörden, sowohl die rumänischen wie auch die serbischen, verhalten sich leidlich tolerant. Sie wissen, daß die Deutschen, wo sie auch wohnen mögen, ihre Pflicht dem Staate gegenüber stets treu erfüllen und nur ihre Kulturgüter sich erhalten und bewahren wollen. Der Niedergang Ungarns zeigt ihnen deutlich, wie wenig segensbringend dessen engherzige Unterdrückungspolitik gewesen ist. Ein von mehreren Völkern bewohntes Land kann nur blühen, wenn alle Nationalitäten nach Kräften durch aufbauende Arbeit zu seiner Entwicklung beitragen.

Von der Entschlossenheit, mit der die Schwaben im Banat für ihr Volkstum eintreten, zeigt folgender der im Banat erscheinenden „Arader Zeitung" entnommene Artikel. Es heißt dort u. a.:

„Ihr, die ihr lebt, seid eingedenk dessen, daß ihr Deutsche seid! Es ist der gebieterische Wille unserer Urahnen, der uns pfadlenkend in Glück und Not voranleuchtet. Bleibt deutsch auf der ererbten Scholle und seid deren treueste Wächter! Das ist der letzte Wille unserer Toten, die im wüsten Kampf gegen die Krankheit dieses Bodens den Märtyrertod erlitten. Deutsch bleiben! das ist das Testament unserer Ahnen an ihre späte Nachkommenschaft. Deutsch sein und bleiben! Der Staat wird uns nur dann respektieren können und müssen, wenn wir uns selbst respektieren. Wir sind aus des Weltkriegs Nöten sturmbeladen, aber glückbergend mit dem Bewußtsein herausgekommen, den Weg ins Mutterhaus, zum Mutterschoß wiederfinden zu müssen. Und das Banater Deutschtum hat völkisch wieder heimgefunden. So manche seiner heutigen Führer machten den Damaskusweg. Aus dem Saulus, der gestern noch mit Feuer und Schwert sein eigenes schwäbisches Volkstum verfolgte, wurde ein Paulus. Unsere Intelligenz wurde systematisch vom Mutterschoß entfremdet, man hat sich unter dem Begriff „Herrische" vom schwäbischen Volkskörper ganz loszusagen begonnen. Die Masse des Volkes stand führerlos da. Es verlangte Brot in seinem geistigen Hunger, doch es waren nur sehr wenige, die es ihm reichen konnten. Und es ist geistig verkommen, es ist in den Stoff gesunken. Es hat seinen Idealismus eingebüßt in diesem trostlosen Zustande. Gedankenlosigkeit, Gewinnsucht, Geldsucht drang sich unmerklich in dies schöne Banaterland hinein und entstellte ganz sein altehrwürdiges Antlitz. Doch dies Zerrbild alter Ehre rief wieder den angeerbten Glauben in uns wach, und wir sind im Begriff, den zweiten Schwabenzug zu gehen, der uns auch geistig ins verlassene Mutterhaus führen soll. Unsere kranke Seele schmachtet nach Idealen, nach seelischen Werten, die uns allein Kraft und Stärke bieten können in unserem völkischen Ringen. Unserem Volke einen sturmfesten Charakter zu geben, ist das dringendste Gebot der Jetztzeit an einen jeden Schwabenführer, der es mit unserer völkischen Zukunft ernst meint. Leute, die sich noch jetzt unserem völkischen Werdegange „hemmend" widersetzen, müssen den gerechten Abscheu des gesamten Schwabentums auf sich ziehen. Treue um Treue! Wer künftighin sein eigenes Volk nicht kennen will, warum soll es ihn kennen? Wir sehen um uns eine stramme Mittel- und Hochschuljugend heranwachsen, die alle Geschicke ihres Volkes in warmem Herzen tragen will, wir sehen um uns eine neue Generation gedeihen, die in Freud und Leid, in Sturm und Not für ihr deutsches Volkstum eintreten will."

Soweit die „Arader Zeitung". Wir überlassen es dem geneigten Leser selbst, einen Vergleich mit unseren Verhältnissen zu ziehen.

Ergo

Der Segen des Freikirchentums.

(Aus Fr. Brunn: „Mitteilungen aus meinem Leben".

Als unaussprechlichen hohen Segen des Freikirchentums möchte ich endlich noch das anführen, daß in ihm die Stellung des Pastors zur Gemeinde eine wesentlich andere ist als in der Staatskirche, was nicht ohne den tiefsten Einfluß auf seine ganze Amtsführung bleiben kann. Welche ganz anderen Verhältnisse sind doch in der Freikirche, wo der Pastor nicht, wie meist in Landeskirchen, über der Gemeinde steht, oft die Mehrzahl seiner Gemeindeglieder gar nicht persönlich kennt, sondern der freikirchliche Prediger steht und lebt der ganzen Natur der kirchlichen Verhältnisse nach lebendig in der Gemeinde. Dazu trägt schon die Art seiner Berufung bei; in Landeskirchen wird der Pastor entweder von oben herab der Gemeinde gesetzt, so daß er von vornherein als ein ganz Fremder ihr gegenüber tritt, oder auch da, wo in heutiger Zeit einer landeskirchlichen Gemeinde die Wahl ihres Predigers freigegeben ist, da hängt diese Wahl doch meist ab von Majoritäten, die ebenfalls gar oft nur als eine auf bloß menschlicher Willkür beruhende Gewalt dastehen. Wie ganz anders ist das in freikirchlichen Gemeinden, auch schon deshalb, weil sie der Zahl nach weit kleiner zu sein pflegen, durch das Band des Glaubens und der Liebe viel näher und enger miteinander verbunden. Da geht die Wahl und Berufung eines Predigers in ganz anderer Weise gleichsam aus dem Herzen einer Gemeinde hervor, und gar oft darf man sagen, daß bei der Gemeinde der Mann ihrer Wahl auch zugleich der Mann ihres Herzens ist. So ist da von vornherein schon zwischen Pastor und Gemeinde ein inniges Band der Liebe und des Vertrauens geknüpft. Und so pflanzt sich dieses Band fort: wie in der freikirchlichen Gemeinde selbst das Bewußtsein herrscht, nur durch das Band des Glaubens, als gläubige Christen und Brüder miteinander verbunden zu sein, so verbindet dieses Bewußtsein auch die Gemeinde mit dem Pastor; nicht als Fremden, sondern als innig verbundenen nahen Glaubensgenossen sieht die Gemeinde ihren

Pastor an, sie weiß, daß auf seiner Predigt ihr ganzes kirchliches und geistliches Leben und Dasein ruht, daß sie an ihn mit ihrer ganzen kirchlichen Existenz als an den Träger des Wortes Gottes gebunden ist. So wird einer freikirchlichen Gemeinde ganz anders als einer staatskirchlichen das Amt und die hohe wichtige kirchliche Stellung des Pastors eindringlich. Und welch naher lebendiger Verkehr entwickelt sich daraus zwischen Pastor und Gemeinde, wie tritt in der Regel der Pastor in lebendige freundschaftliche Verbindung mit den meisten Gliedern und Familien seiner Gemeinde, und wie wird durch das alles sein ganzes Amt als eines wirklichen geistlichen Vaters, Beraters und Seelsorgers seiner Gemeinde erleichtert, belebt und in unausgesetzter Uebung erhalten. Sieht doch in der Staatskirche der Pastor nur da als öffentlicher Beamter in der Reihe anderer Beamten; in der Freikirche aber ist er nur der Diener des Worts, und es tritt dadurch sein persönliches Verhältnis zur Gemeinde in ein ganz anderes Licht, es erhält ein ganz anderes Gewicht. Es wird das denn noch vermehrt durch alle die äußeren Zustände und Verhältnisse der heutigen Freikirche. Dieselbe verzweigt sich ihrer Natur nach meist ja auf weit zerstreute, bald kleinere, bald größere Gemeinden, die zusammen zu einer Parochie vereinigt sind. So ist denn der Pastor vielfältig bei seiner Amtsführung auf Gänge und Reisen zu auswärtigen Gemeindegliedern gewiesen, wobei er die Gastfreundschaft seiner Gemeindeglieder beständig in Anspruch nehmen muß, Dadurch wird er ganz von selbst bei vielen ein oft wiederkehrender und willkommen geheißener treuer Hausfreund. Dazu kommt denn endlich, daß der freikirchliche Pastor mit seiner Besoldung und seinem ganzen irdischen Auskommen auf die freiwilligen kirchlichen Beiträge und Gaben seiner Gemeinde gestellt ist; welch ein lebendiges persönliches Verhältnis bringt auch das schon mit sich, wie reizt und lockt es die Gemeindeglieder zur Liebestätigkeit und Dankbarkeit gegen ihren Pastor und wiederum diesen zu treuer fleißiger Amtsarbeit an der Gemeinde! So ist mit einem Wort in der Freikirche nirgends der tote Mechanismus einer äußerlich und in letzter Spitze von der Staatsregierung geführten und kontrollierten Maschine von Kirchensteuern und Kirchengütern u. s. w., sondern es ist überall nur freies Leben, Glauben und Liebe, was die ganze kirchliche Ordnung erhält, bewegt und treibt, in deren Mitte der Pastor dasteht als der Mittelpunkt und das Haupttriebrad des Ganzen. Welches weite Feld einer gesegneten Amtswirksamkeit, ja, welche sogar hohe und wichtige Stellung für das ganze kirchliche Gemeindeleben daher der freikirchliche Pastor hat, ist offenbar.

Aus Welt und Heimat.

Die Danina für Kaufleute und Gewerbetreibenden. Da in der Frage der Höhe der Danina noch viele Unklarheiten bestehen, geben wir auf die zahlreichen an uns gerichteten Anfragen nachstehende Auskunft: Wer im Jahr 1920 und 1921 im Besitze eines Patentes war, zahlt die Danina nach dem Patent vom Jahre 1920; wer ein Patent nur im Jahre 1921 besaß, hat die Abgabe nach dem Patent von 1921 zu entrichten. Wenn im Jahre 1921 ein Patent höherer Kategorie gelöst wurde als im Jahre 1920, das Unternehmen aber dasselbe geblieben ist, d. h. die Uebertragung zu einer höheren Kategorie nicht infolge der Vergrößerung des Geschäfts, sondern nur aus dem Grunde erfolgte, weil das Unternehmen an und für sich schon zu einer höheren Kategorie gerechnet werden sollte, wird die Danina auf Grund des Patentes vom Jahre 1921 berechnet. In diesem Falle wird das höhere Patent deshalb zur Grundlage genommen, weil für das betreffende Unternehmen schon im Jahre 1920 ein Patent höherer Kategorie hätte gelöst werden sollen, und ein kleines Patent nur auf Veranlassung des Eigentümers selbst- oder aus von ihm unabhängigen Gründen ausgestellt wurde. War dagegen im Jahre 1920 ein Patent höherer Kategorie gelöst worden als im Jahre 1921, dann wird die Danina dem Sinne des Gesetzes entsprechend von dem im Jahre 1920 gelösten Patent berechnet. Wenn ein Unternehmer, der im Jahre 1920 ein Geschäft besaß, dieses im Jahre 1921 auflöste und für dieses Jahr ein Patent für ein anderes Geschäft löste, so hat er die Danina von beiden Patenten zu entrichten.

Gleichzeitig bringen wir unsren Lesern in Erinnerung, daß die Gesuche um Befreiung und Ermäßigung der Danina bzw. um Einteilung in Raten bis zum 6. Februar d. J. eingereicht werden müssen. Reklamationen dagegen werden innerhalb 14 Tagen nach der Auslage der Bücher in den Daninakassen entgegengenommen.

Einen Personalausweis (Paß) muß jeder Bürger des Freistaates Polen besitzen, sofern er 14 Jahre alt ist. Diesen Beschluß faßte letztens der Verwaltungsausschuß im Sejm.

Die Ausfuhrerlaubnis von 40 Waggons rotem und 5 Waggons weißem Kleesamen erteilte das Amt für Ein- und Ausfuhr an einige Handelsgesellschaften. Im Auslande herrscht rege Nachfrage auf polnische Sämereien. Das Ausfuhrverbot für Luzerne, Seradella, Wicken, Lupinen und Peluschken bleibt weiter bestehen.

Das Salz wird nicht billiger in absehbarer Zeit, meldete das Presseamt des Finanzministeriums.

Die Wolga-Hilfsaktion

Sehr geehrte Schriftleitung!

Ich bitte Sie freundlichst, durch den „Volksfreund" allen interessierten Personen folgendes zur Kenntnis bringen zu wollen.

Obwohl die Idee der Wolga-Hilfsaktion von mir, als Vorsitzenden des B. D. O. P. ausgegangen ist, befinden sich jedoch alle diejenigen im Irrtum, die sich seit gewisser Zeit an mich persönlich und brieflich wenden in Sachen der Verteilung der Spenden, Vermittelung und Unterbringung der Wolga-Waisen in deutschen Familien und so weiter.

Alle Spenden bitte ich an die Geschäftsstelle des Bundes oder an eine der hiesigen deutschen Zeitungen adressieren zu wollen, nicht aber an mich persönlich. Was die Kinder anbelangt, so hat Herr Sejmabgeordneter Jos. Spickermann bereitwillig die ganze Verantwortung und Verfügungsrechtsbestimmung auf sich genommen. Wenn ich meinen Namen unter diesbezüglichen Aufrufen und Artikeln in den „Volksfreund" setzte, so tat ich dies es nicht in irgend welcher amtlichen Eigenschaft, sondern lediglich als Zeitungsschriftsteller, der die gute Sache nur allzugern unterstützen möchte und auch jetzt bei dieser Gelegenheit noch einmal an das edle Herz seiner geneigten Leser appelliert.

Hochachtungsvoll mit treudeutschem Gruß

Dr. E. von Behrens.

Bredtheim (Galizien.). Volkszählung. Wir lesen im Evangelischen Wochenblatt. Ueber den Ergebnissen der Ende v. J. abgehaltenen Volkszählung schwebt ein geheimnisvolles Dunkel. Wir Evangelischen in der Gemeinde Bredtheim sind besonders gespannt darauf, wie sich dasselbe lichten wird. Wir fürchten, es wird das Mißtrauen welches allgemein gegen diese Volkszählung herrscht bestärken, Richtig ist es bei uns jedenfals nicht zugegangen. Die Volkszählungskommission teilte sich mit Hilfe der hiesigen polnischen Lehrerin und anderer Polen — Angehörige anderer Nationalitäten wurden überhaupt nicht zugezogen — in drei Gruppen zu je zwei Personen. Eine Gruppe erschien spät abends in Begleitung eines Gendarmen in unserem deutschen Dorfe. Als der erste, bei dem die Kommission eintrat, sich als Deutscher bekannte, lautete die Antwort: „Hier gibt es keine Deutsche, hier gibt es nur Polen. — In Ungarn leben auch viele Deutsche und sind alle Magyaren." Als Muttersprache wurde, da die meisten auch polnisch verstehen, „polnisch deutsch" eingetragen, — selbst bei kleinen Kindern, die kein Wort polnisch sprechen können. Bei einem Gemeindeglied, das sich als Deutscher bekannte, wurde, mit Rücksicht darauf, daß dasselbe erklärte, nicht polnisch zu können, geantwortet: „Ihr werdet schon polnisch sprechen lernen. Die meisten Gemeindeglieder erklären, daß sie wegen der absichtlich unleserlichen Schrift, den Ausfüllungsbogen überhaupt nicht lesen konnten und nicht genau wüßten, was sie unterschrieben hätten. Das Interessanteste aber ist dies, daß der Lehrer und Schulleiter unserer evangelisch deutschen Privatvolksschule absichtlich überhaupt nicht mitgezählt wurde.

Krakau. Der Teufel im Eisenbahnwagen. Die Passagiere des Nachtzuges zwischen Roswadow und Krakau hatten vor einigen Tagen das Vergnügen einer ungewöhnlichen Reisegesellschaft. Beamte der Staatspolizei lieferten nämlich in den Zug einen Teufel ein. Zu diesem seltenen Fahrgast war man auf folgende Weise gekommen: In einem Dorfe unweit Roswadow erhielt eine Frau aus Amerika 100 Dollar geschickt. Auf dem Postamt verlangte man jedoch vor der Auszahlung eine Bescheinigung des Amtsvorstehers über ihre Identität. Noch am gleichen Tage ließ die Empfängerin von diesem die verlangte Bescheinigung ausstellen. Um Mitternacht erschien in der Hütte der Alten der „Teufel" und verlangte unter Kettengeklirr die Herausgabe der 100 Dollar. Die Frau beteuerte, am ganzen Leibe zitternd, daß sie noch keinen einzigen Dollar besitze, da sie erst am nächsten Tage die Sendung von der Post abholen könne. Als sie am nächsten Tage auf der Post erschien und dort unter Tränen klagte, daß sie die eben in Empfang genommenen Dollar dem Teufel ausliefern mußte, merkte der Beamte den Schwindel und verständigte die Polizei. In der folgenden Nacht erschien der „Teufel" tatsächlich wieder, erschrak aber nicht wenig, als plötzlich Polizeibeamte aus ihren Verstecken hervorsprangen und ihn mit seinen eigenen Ketten fesselten. Die Beamten brachten ihn im Schmucke seines teuflischen Staates zur Eisenbahnstation Roswadow, wo sie zu ihrem Erstaunen in ihm ihren eigenen Amtsvorsteher erkannten.

Lemberg. Ein Bandit und Mörder als Würdenträger. Das Militärgericht in Lemberg befaßt sich mit der interessanten Angelegenheit eines gewissen Kublicz, eines ehemaligen Bandenhäuptlings aus der Lemberger Gegend, der seinerzeit auf Grund falscher Urkunden zum Direktor der Staatsdomänen und Forsten in Graudenz ernannt worden war. Der Verhaftete spielt vor dem Gericht den Verrückten.

Riesiges Fernbeben im Stillen Ozean.

Washington, 5. Februar. 600 Meilen nördlich von St. Franzisko hat sich auf dem Meeresgrunde ein großes Fernbeben zugetragen. Die Erschütterungen währten 70 Minuten lang. Nach Ansicht der Geologen ist das Erdbeben durch Einsturz einer ganzen Gebirgskette im Stillen Ozean entstanden. Sie bezeichnen es als das größte jemals verzeichnete Erdbeben.

Opferwilligkeit. In Nr. 1 unserer Wochenschrift veröffentlichten wir einen Notschrei unserer Volks- und Glaubensgenossen aus Groß-Paproć (Gouv. Lomscha). Zahlreich flossen die Spenden, besonders nach der Veröffentlichung des Aufrufes in der „Lodzer Freien Presse." Vergangenen Sonnabend ist vom Hilfsausschuß des Bundes der Deutschen ein Abgeordneter nach Paproć gereist, wo er 10 Pakete mit Kleidern und bei 150,000 Mk. in bar unter die Leidenden verteilte. An Spenden flossen ein durch die „L. F. P." 42,110 M. (wovon 16.670 M. von den Schülern des deutschen Progymnasiums zu Zgierz), 100,000 vom Bund der Deutschen, 6820 Mk. durch den „Volksfreund". Gott vergelt's den Gebern!

Auf der Warschauer Getreidebörse zahlte man am 3. Februar für einen metrischen Zentner (100 Kilogramm = 244 Pfd.). Roggen 8350, (mit Zustellung nach Warschau), 7900 (mit Zustellung zur Verladestation), Weizen 11000, Hafer 7400 Mk.

Die ausländischen Geldwährungen blieben im Laufe der vergangenen Woche ohne nennenswerte Aenderung; so zahlte man am:

	30. 1.	1. 2.	4. 2.
1 Dollar	3340 Mk.	3345 Mk.	3345 Mk.
1 Pfd. Sterling	14800 „	14500 „	14465 „
1 franz. Frank	288 „	283 „	280 „
1 deutsche Mark	17 „	16½ „	16[illegible] „

Wochenschau.

Inland. Unsere Lodzer Industrie, die einige Monate hindurch an Mangel an Bestellungen litt und daher die Produktion einschränken mußte, arbeitet jetzt wieder besser. Es sind in etlichen Fabriken sogar Nachtschichten eingeführt worden, um dem Bedarf genügen zu können. Es soll diese Erscheinung auf die große Ausfuhr nach den Balkanländern zurückzuführen sein. Auch Rußland, dessen eigene Fabriken infolge der widersinnigen Politik der Sowjetregierung nicht arbeiten können, ist von Industrieerzeugnissen vollständig entblößt, so daß es trotz der Mißernte Waren aller Gattungen in großen Massen einführen muß. Und auch in Zukunft, wenn normale Verhältnisse eingetreten sein werden, wird es Waren aus Polen und andern Ländern einführen müssen. Auf das russische Absatzgebiet ist unsere gesamte Industrie eingestellt. Fällt dies Absatzgebiet weg, so sind wenigstens zwei Drittel unserer Fabriken zum Stillstand verurteilt. Es ist daher nur mit Freuden zu begrüßen, daß die polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen nun bald beginnen werden. Es sind zu diesem Zwecke von beiden Seiten Kommissionen gebildet worden.

Trotzdem finden immer noch Reibungen zwischen beiden Staaten statt. So berichtet der „Kurjer Warszawski", daß zwischen Ostrog und Rowno bolschewistische Abteilungen die Grenzlinie überschritten und 12 bis 15 Kilometer tief in polnisches Gebiet eingedrungen sind. Aehnliche Fälle sind auch in der Gegend von Glembokie vorgekommen. Die russische Regierung bezeichnet diese Vorfälle als Unternehmungen „unverantwortlicher Banden."

Mit Frankreich soll ein wirtschaftliches Abkommen schon zum Abschluß gebracht worden sein. Es handelt sich dabei 1. um den Handelsvertrag, dessen Text schon fertig gestellt worden ist, 2. den gegenseitigen Vertrag in der Angelegenheit der französischen Interessen in Polen und umgekehrt, 3. das Petroleumabkommen, 4. den Gesetzentwurf über das Inkrafttreten des politischen und militärischen Vertrages.

Mit Frankreich scheint somit das schönste Einvernehmen zu herrschen. Und doch zeigt sich auch in Frankreich eine Unzufriedenheit mit unserem Staate. So schreibt die vielgelesene polnische Zeitung „Rzeczpospolita", daß die französische Zeitung „Ere Nouvelle" immer öfter Angriffe gegen Polen richte. Sie zählt die Ausgaben Frankreichs für die Hallersche Armee, für die Expedition nach der Ukraine, die Kriegsführung Zeligowskis in Litauen auf und fragt, ob Frankreich reich genug sei, nicht nur zur Verteidigung Polens, sondern auch für den Weltfrieden gefährdende Expeditionen Geld auszugeben und so in einen offenen Kampf mit dem Völkerbund einzutreten. Der Verfasser des betreffenden Artikels fordert die Abgeordneten auf, von Polen Abrechnung zu verlangen.

Dieselbe Zeitung bemängelt auch Polens Politik in Ostgalizien und verlangt eine baldige Lösung dieser Frage im Sinne einer politischen Selbständigkeit Ostgaliziens.

Mit der Konferenz in Genua, die Anfang März beginnen soll, beschäftigt man sich immer mehr. Es sollen dort rein wirtschaftliche Fragen erörtert werden. Eine Sitzung unseres Ministerrates beschäftigte sich mit dem Programm von Genua, dessen Vorbereitungen eine besondere Kommission unter dem Minister Wieniawski leitet. Wahrscheinlich werden nach Genua die Minister Skirmunt und Straßburger geschickt werden, ferner als Sachverständige Wieniawski und der Lodzer Industrielle Poznanski.

Die Partei „Nationale Volksvereinigung" im Sejm bemüht sich darum, daß der jetzige Sejm bald aufgelöst werde, damit die Neuwahlen noch vor den Sommerferien stattfinden können.

Der in Wilna entstandene polnische Sejm ist schon in Tätigkeit getreten.

Frankreich und England haben ein Bündnis hinsichtlich der Garantien besonders von Seiten Deutschlands geschlossen. Lord Curzon hat aber die Ausdehnung des Bündnisses auf Polen abgelehnt.

In Oberschlesien ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der französchen Besatzung und der deutschen Bevölkerung gekommen. Es wurden 10 Franzosen und 5 Zivilpersonen getötet und zahlreiche Personen verwundet.

Deutschland. In ganz Deutschland ist am 1. Februar das gesamte Eisenbahnpersonal in den Ausstand getreten, so daß außer einigen Lokalzügen der ganze Verkehr stockte. Am 4. Februar aber haben die Streikenden beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Dr. Rathenau, der Deutschland bei verschiedenen Konferenzen sehr geschickt vertreten hat, ist zum Minister des Aeußeren ernannt worden. Rathenau ist Jude. Ueber Deutschlands Politik schreibt die finnische Zeitung „Snomblad", daß sie sehr zielbewußt und außergewöhnlich zähe sei. Im Laufe von drei Jahren sei es den Deutschen gelungen, die deutsch-englischen Beziehungen so weit zu bessern, daß die Engländer in vielen Fragen als Bundesgenossen der Deutschen wirken. Gegenwärtig werde die gleiche Arbeit in Amerika und Italien fortgesetzt.

Rußland. Aus der Krim wird berichtet, daß die Hungernden sich zusammenrotten und die Dörfer überfallen, um Lebensmittel zu erbeuten. Ein Pfund Schwarzbrot kostet 40.000 Rubel. Eine ähnliche Lage herrscht in der Umgegend von Cherson und Nikolajew. Von allen Seiten der Ukraine wird der Ausbruch der Cholera gemeldet. In Charkow wurden 20 Fälle, in Kiew gegen 270 festgestellt. Die Sterblichkeitsziffer beträgt annähernd 50 Prozent.

England. Die Aufstände in Indien und Aegypten dauern fort. Die Mohammedaner, deren es dort gegen 60 Millionen gibt, und die Hindus, die Mehrzahl der indischen Bevölkerung, bereiten neue Unruhen vor, und die Zeitungen fordern die Weißen zum Verlassen des Landes auf. Die Mohammedaner wünschen, der türkische Sultan möge als Haupt des Islam und als Hüter der heiligen Orte Mekka, Medina und Bagdad anerkannt werden.

Den Aegyptern hat England Selbständigkeit zugesprochen, will aber seinen Einfluß auf dies gute Absatzgebiet für die englischen Waren nicht aufgeben. Aegypten gehört eigentlich zur Türkei, die wirklichen Herren im Lande waren aber seit 1882 die Engländer.

Frankreich. Die Frage, wer die Schuld am Weltkriege trage, fängt an sich aufzuklären. Der ehemalige Sekretär der russischen Botschaft in London Siebert hat in den Berliner Zeitungen Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß der damalige Staatspräsident in Frankreich Poincare, jetzt Ministerpräsident, Depeschen gefälscht habe, um die Schuld am Kriege auf Deutschland abwälzen zu können. Der frühere russische Außenminister Ssasonow selbst, kein Freund der Deutschen, muß zugeben, daß die in Berlin veröffentlichten Dokumente echt sind.

Der verstorbene Papst ist am 30. Januar unter dem üblichen Zeremoniell beigesetzt worden. Die Kardinäle sind am 1. Februar zur Neuwahl zusammengetreten. Wie unter dem 6. Februar aus Rom gemeldet wird, wählte das Konklave zum Papst den Kardinal Achilles Ratti, der den Namen Pius XI. angenommen hat.

Tschechien. Hier ist ein Generalstreik der Grubenarbeiter ausgebrochen. Im Ostrau-Karwiner Becken stehen 45 Schachte still, die 46,000 Arbeiter beschäftigten.

Griechenland. Der Krieg mit Angora ist wieder von neuem ausgebrochen. Doch sollen die griechischen Angriffe zurückgeschlagen worden sein.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse" m. b. H. Petrikauer Straße 86.